

# Digitalisierung voranbringen

## Aktuelle Informationen zur Gigabitrichtlinie

**Mamming.** (ez) Schon seit vielen Jahren arbeitet die Gemeinde mit der Firma Corwese GmbH zusammen, die die Umsetzung des Breitbandausbaus begleitet. Aktuell läuft der Glasfaserausbau nach dem Fördermodell „Höfebonus“, informierte Bürgermeisterin Irmgard Eberl, wobei man hier in den letzten Ausbausritten tätig ist.

Nun gehe es um die künftige Ausrichtung und Fördermöglichkeiten. Karl Kolbinger von Corwese GmbH war persönlich in der Gemeinde vor Ort, um über die Gigabitrichtlinien zu referieren.

Neue Wege im Bereich der Glasfaserförderung tun sich hierbei auf. Erstmals sei eine Förderung auch in „grauen Flecken“ möglich. Das heißt unter bestimmten Voraussetzungen auch dann, wenn bereits ein Netz mit mehr als 30 Mbit/s vorhanden ist. Erhöhte Aufgreifschwelle kommen zum Tragen, 100 Mbit/s im Download für Privatanschlüsse oder 200 Mbit/s symmetrisch für Gewerbeanschlüsse. Das bedeute, wenn genannte Bitraten nicht erreicht werden und es sich um einen weißen oder grauen Fleck handle, dann liege eine Förderfähigkeit vor. Bisher war es gemäß „Breitband-Farbenlehre der EU“ nur möglich in sogenannten „weißen Flecken“ auszubauen, also da, wo kein NGA-Netz vorhanden war. Dies wird jetzt eben auf die „grauen Flecken“ ausgeweitet. Umfangreiche Vorermittlungen bedarf es hierzu, um feststellen zu können, welche Bereiche förderfähig sind. Eine hausgenaue Bitratenermittlung, dazu aktuelle ALKIS-Daten, eine Unterscheidung von Privat- und Gewerbeanschlüssen sowie zum Einstieg eine Markterkundung, um die aktuellen Bitraten von den Netzbetreibern zu erhalten.

Weiter stellte Karl Kolbinger das Wirtschaftlichkeitslückenmodell im Allgemeinen vor. Ein externer Betrieb erbaue das Netz und betreibe es. Ein Gebiet auszubauen, koste viel Geld und hier treten Wirtschaftlichkeitslücken auf. Diese sind durch die Gemeinde auszugleichen, wobei der Ausgleich dann förderfähig sei. Bei einem Betreibermodell wäre die Gemeinde selber für den Ausbau verantwortlich und gibt es an einen Netzbetreiber weiter. Es brauche hier das nötige

Know-How für den Auf- und Ausbau sowie für den Unterhalt.

In Mamming selber ergebe sich im Bereich „Gigabitrichtlinie Bayern“ eine maximale Förderhöchstsumme von sechs Millionen Euro, bei einem Fördersatz von 90 Prozent. 5 000 Euro sind pro Haushaltsadresse ansetzbar, ein Bonus von 1 000 Euro bei interkommunaler Zusammenarbeit (maximal 50 000 Euro) zusätzlich möglich. Die Härtefallregelung orientiert sich dabei an die Finanzkraft der Gemeinde. Übersteigt der Eigenanteil der Gemeinde 30 Prozent der durchschnittlichen Finanzkraft der letzten fünf Jahre, so ist dieser übersteigende Betrag mit 90 Prozent förderfähig. Auch bei Anwendung der Härtefallregelung müsse jedoch ein Eigenanteil von mindestens zehn Prozent bei der Gemeinde verbleiben. Der Fachmann erläuterte anhand der Versorgungskarte mögliche Ausbaubereiche. Förderfähig nach den Richtlinien wären rund 630 Adressen, wenn Download und Upload-Bandbreiten unter den Aufgreifschwelle sind.

Weiter stellte Kolbinger die Gigabitrichtlinien auf Bundesebene vor. Erstmals sei eine Förderung auch in „grauen Flecken“ möglich, wenn gesamte Ortsteile erschlossen werden. Ab 2023 solle hier die Aufgreifschwelle für Privatanschlüsse fallen, was zusätzliche Vorteile für die Gemeinde mit sich bringen würde. Die maximale Förderhöchstsumme liege bei 150 Millionen Euro, der Fördersatz bei 50 Prozent zuzüglich einer Cofinanzierung über Bayern zu 40 Prozent. Außerdem wären die Beraterleistungen voll förderfähig.

Anhand verschiedener Beispielerrechnungen kam Kolbinger am Ende zu dem Schluss, dass es vorteilhaft für die Gemeinde Mamming wäre, bis 2023 abzuwarten, um in die neuen Richtlinien zu fallen. Ein Startschuss dürfe jedoch erst nach Förderzusage erfolgen, damit es nicht förderschädlich sei. Eine „Garantie“, ob die Förderung so zum Tragen komme, konnte er nicht geben. „Man weiß es nicht“, war seine Antwort, er gehe jedoch davon aus, dass auch eine neue Regierung im Bereich Digitalisierung keinen Ausbaustopp anstrebe. Am Ende folgte der Gemeinderat den Empfehlungen.